Antrag A01 zur Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands Gütersloh

Antragsteller: Tim Johannfunke, Dennis Jobke, Matthias Wenzelmann

Betreff: Solidarität mit Palästina – Unterstützung des Beschlusses der linksjugend ['solid] „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ und Kritik an der Stellungnahme des Parteivorstands

Antrag:
Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die Kreismitgliederversammlung unterstützt ausdrücklich den Beschluss „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ des Bundeskongresses der linksjugend ['solid] (November 2025).
2. Die Kreismitgliederversammlung stellt sich klar gegen die Stellungnahme des Parteivorstands der Partei DIE LINKE vom 21. November 2025, in der dieser den Beschluss der linksjugend ['solid] inhaltlich zurückweist und aktiv die palästinasolidarischen Genoss*innen verurteilt.
3. Die Kreismitgliederversammlung solidarisiert sich ausdrücklich mit der Sprecherin der linksjugend [‘solid] und anderen Genoss*innen innerhalb der Partei DIE LINKE welche aufgrund ihres Engagements für Palästina-Solidarität und gegen die Unterdrückung von Menschen, mit Einschüchterungsversuchen und Ausschlussverfahren bedroht und in ihrer Arbeit eingeschränkt werden. Sie fordert den Parteivorstand und alle zuständigen Gremien auf, solche disziplinarischen Maßnahmen gegen demokratisch legitimierte Positionen des Jugendverbands sofort zu beenden und stattdessen den inhaltlichen Dialog zu führen.
4. Der Kreisvorstand wird beauftragt, diesen Beschluss an den Landesverband, den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion zu übermitteln und sich dort für eine Rücknahme der Stellungnahme des Parteivorstands sowie für eine Anerkennung der Positionen der linksjugend ['solid] einzusetzen. Dies soll gestützt werden durch eine Zusammenarbeit mit anderen palästinasolidarischen Stadt-, Kreis- und Landesverbänden um die Positionen zu stärken.
5. Der Kreisverband wird darüber hinaus beauftragt, die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Palästinasolidarität und ihre Strukturen aktiv zu unterstützten und deren Werte und Positionen nach außen hin zu vertreten und zu verbreiten.

Begründung:

1. **Historische Verantwortung und Kapitalistische Logiken der Unterdrückung klar benennen:** Der Beschluss der linksjugend ['solid] benennt in einer längst überfälligen selbstkritischen Revision die israelische Politik gegenüber dem palästinensischen Volk beim Namen: als ein auf Kolonialismus, Besatzung und Apartheid gegründetes System. Diese Analyse verdeutlicht, dass es sich nicht allein um einen nationalen oder religiösen Konflikt handelt, sondern um ein System, das nach kapitalistischen Verwertungslogiken funktioniert. Landenteignung, Ressourcenraub, die Ausbeutung palästinensischer Arbeitskraft und die Schaffung abhängiger Märkte dienen der Kapitalakkumulation einer israelischen Elite und internationaler Konzerne. Die militärische Aufrüstung und Abschottung wird zum profitablen Geschäftsmodell. Eine

konsequent linke Position muss diese ökonomische Dimension der Unterdrückung als Kern des Konflikts begreifen und bekämpfen. Als Linke, die sich dem Kampf gegen Unterdrückung in all ihren Formen verschrieben hat, haben wir die Pflicht, staatlich verübte Verbrechen – unabhängig vom Täter – klar zu verurteilen. Das Schweigen dazu zu brechen, ist eine internationalistische und antifaschistische Notwendigkeit. Es geht um eine Solidarität, die konsequent die wirtschaftlichen Machtstrukturen hinter der Besatzung benennt und sich für eine Befreiung einsetzt, die nationale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung gleichermaßen überwindet.

2. **Kritik an der Haltung der Parteispitze:** Die Stellungnahme des Parteivorstands vom 21. November 2025 verfehlt diesen Anspruch und ignoriert diese Analyse. Indem sie den Jugendverbandsbeschluss pauschal als „nicht mit den Positionen der Linken vereinbar“ zurückweist, ohne sich substanziell mit seiner Kritik auseinanderzusetzen, übernimmt sie die apologetische Haltung der deutschen Staatsräson. Die Aussage, Kritik dürfe „niemals den Schutz jüdischen Lebens infrage stellen oder die Existenz Israels delegitimieren“, wird instrumentalisiert, um jede fundamentale Kritik an der Politik des israelischen Staates von vornherein zu diskreditieren und zu unterbinden. Dies ist inhaltlich falsch und erstickt die dringend notwendige innerparteiliche Debatte.

3. **Solidarität mit dem Jugendverband und konsequente Politik:** Die linksjugend ['solid] hat mutig eine Position bezogen, die der historischen Verantwortung deutscher Linker gerecht wird: nicht in erster Linie die Interessen eines Staates, sondern die der unterdrückten Menschen in den Blick zu nehmen. Die massive Kritik von Abgeordneten und der Parteispitze an diesem Beschluss zeigt, wie notwendig ein klares Signal aus der Basis ist. Unser Kreisverband muss sich hier an die Seite derjenigen stellen, die für eine wirklich antikoloniale, antiimperialistische, antikapitalistische und solidarische Politik eintreten, und die parteiinterne Diskussion sowie das Streben der Partei nach außen hin vorantreiben.

Beschluss der linksjugend [‘solid] auf Bundesebene:
https://www.linksjugend-solid.de/beschluss/nie-wieder-zu-einem-voelkermord-schweigen/

Statement der Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken:
https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/news/eine-einseitige-perspektive-bringt-niemandem-etwas/